

Bern, 9.12.2013

Medienmitteilung

Die FDP sagt NEIN zum Angriff auf die Fristenregelung

Schwangerschaftsabbruch gehört weiterhin in die obligatorische Krankenversicherung

Die Konferenz der kantonalen FDP-Parteipräsidenten (PPK) hat letzten Donnerstag die NEIN-Parole zur Abtreibungsfinanzierungsinitiative gefasst: Sie lehnt die Vorlage, über die am 9. Februar 2014 abgestimmt wird, mit 25 zu 3 bei einer Enthaltung klar ab. Die Initiative greift die Fristenregelung in ihrem Kern an, reduziert weder Kosten noch Schwangerschaftsabbrüche und benachteiligt Frauen gegenüber Männern finanziell.

Die Schweiz verfügt über eine der tiefsten Schwangerschaftsabbruchraten Europas. Jährlich sind es sieben von tausend Frauen, die zwischen 2002 und 2010 abtreiben mussten. Bei den unter 20-Jährigen hat diese Zahl sogar abgenommen.

Ein unsinniger Angriff auf die bewährte Fristenregelung

Christlich-konservative Kreise möchten nun mit der Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ erreichen, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr durch die Grundversicherung der Krankenkasse gedeckt sind. Stattdessen sollen Frauen einen Abbruch selber bezahlen oder eine Zusatzversicherung abschliessen.

Die Kostenübernahme eines Schwangerschaftsabbruches durch die obligatorische Grundversicherung war fester Bestandteil der Abstimmungsvorlage zur Fristenregelung, zu der sich das Volk 2002 klar geäussert hat. Entscheidend für einen Abbruchentscheid sollten nicht finanzielle Überlegungen sein. Die Abschaffung der Kostenübernahme würde somit auch die Fristenregelung in Frage stellen.

Weder weniger Kosten noch weniger Schwangerschaftsabbrüche

Die durch die Eingriffe entstehenden Kosten belaufen sich auf knapp 8 Millionen Franken jährlich, was 0.03 Prozent aller Kosten der obligatorischen Krankenversicherung ausmacht. Statt Kosten zu sparen, entlässt die Initiative Männer aus ihrer finanziellen Verantwortung und trägt nicht zur Senkung der Abbruchraten bei. Ein breites Komitee von FDP-Mitgliedern setzt sich deshalb entschieden gegen diese unsinnige Initiative ein – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kampagnen-Start zum Crowdfunding Day

Heute findet der nationale Crowdfunding-Tag statt. Bereits mit einer Spende von 15 Franken kann die Kampagne gegen den Angriff auf die Fristenregelung wirkungsvoll unterstützt werden. Unter folgenden Links finden sich die Projekte:

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-flyer>

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-sticker>

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-kleinplakate>

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-graphiker>

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-inserat>

Kontakt:

- › Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident FDP, Die Liberalen, 079 400 20 25
- › Ignazio Cassis, Nationalrat, 079 318 20 30
- › Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP, Die Liberalen, 079 789 13 81
- › Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Frauen, 079 575 67 66
- › Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen, 078 801 99 99
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48